Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 6 — Freitag, den 8. Januar 1932. — 87. Jahrgang

Amtsverlängerung für Hindenburg durch Reichstagsbeschluß?

Der Kanzler führt Besprechungen zur Herbeiführung der nötigen Zweidrittelmehrheit.

Tagesschau.

* Zwischen dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister fand am Donnerstagnachmittag eine Aussprache mit Hitler statt über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Die Aussprache dauerte 1½ Stunden. Hitler hat sich seine Stellungnahme vorbehalten, um erst mit den Führern der nationalen Opposition Fühlung zu nehmen.

* Wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mitteilt, betrug die Zahl der Arbeitslosen am 31. Dezember 1931 rund 5 666 000. Das ist eine Zunahme von 318 000 gegenüber dem 15. Dezember. In Sachsen ist die Zahl der Arbeitslosen in der gleichen Zeit von 632 785 auf 673 480 gestiegen.

* Lloyd George, einer der Väter des Versailler Vertrages, erklärte englischen Pressevertretern, alle Kriegsschulden und Tribute müßten gestrichen werden.

Die Pariser Morgenpresse von heute vertritt den Standpunkt, Ministerpräsident Laval werde den Tod des Kriegsministers Maginot zu einem Gesamtrücktritt des Kabinetts benutzen. Briand wird wohl aus Gesundheitsrücksichten ausscheiden und Laval werde Gelegenheit haben, eine Konzentrationsregierung auf breiterer Grundlage zu bilden.

Die Vereinigten Staaten haben in der mandschurischen Frage einen Schritt bei den Unterzeichnern des Neunmächtevertrags unternommen, um eine Prüfung des japanischen Vorgehens zu veranlassen. Japan dagegen steht auf dem Standpunkt, daß die Mandschurei nur Japan und China angehe und daß daher kein dritter Anlaß zur Einmischung habe.

Nach einem Telegramm aus Tientsin haben die japanischen Truppen Donnerstag vormittag Schanhaikwan besetzt. Bei diesem Ort berührt die Große Mauer das Meer.

* Auf den Kaiser von Japan wurde durch einen Koreaner heute vormittag auf der Rückfahrt von einer militärischen Parade ein Bombenattentat verübt. Verletzt wurde niemand.

* Der heftige Weststurm in der Nacht zum Donnerstag hat an den Küsten der Ost- und Nordsee schweren Schaden und infolge Deichbrüchen weite Ueberschwemmungen verursacht.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Hitler bei Brüning.

Um den Reichspräsidenten.

Am Donnerstag ist der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, durch Vermittlung des Reichswehrministers Groener vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen worden. Die Nachricht von diesem Empfang wirkte überraschend und kam einer Sensation gleich, da das Berliner nationalsozialistische Blatt, der „Angriff", noch am Vorabend die Nachricht von neuen Hitlerverhandlungen in Berlin als eine Lüge der „Hournaille" hingestellt hatte. Sie kam um so mehr überraschend, als beinahe zu gleicher Zeit, da Herr Brüning halbamtlicher Mitteilung gemäß, über eine Klarstellung der Reichspräsidentenfrage verhandelte, ein führendes rheinisches Blatt der Sozialdemokratie auf Grund besonderer Informationen die bevorstehende Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs ankündigte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde zwar erst in der zweiten Hälfte des Monats zusammentreten, aber man könne annehmen, daß es zahlreiche sozialdemokratische Politiker geben werde, die gegen eine kurze Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs durch den Reichstag keine unüberwindlichen Bedenken haben haben würden. Da eine solche Verlängerung einer Zweidrittelmehrheit bedarf, so liegt es tatsächlich einzig und allein noch bei den Nationalsozialisten, ob der Anregung Brünings Folge geleistet werden wird oder nicht. Die Stellung der Nationalsozialisten ist unzweifelhaft schwierig und wir glauben zu wissen, daß in einer schon am Mittwoch stattgefundenen Vorbesprechung der nationalsozialistischen Führerschaft, die sich mit der Kreichenfrage, die Herr Brüning am Donnerstag stellte, auseinanderzusetzen hatte, die Meinungen doch sehr verschieden waren und in der Mehrheit sich für eine Ablehnung aussprachen. Angesichts der Haltung, die vor allem im Lande draußen in der letzten Zeit von nationalsozialistischer Seite Hindenburg gegenüber eingenommen worden ist, — der unmittelbare Angriff der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer auf den Reichspräsidenten, der dann zur Auflösung dieser Kammer führte und noch zuletzt die Ausführungen des Ministers Klagges in Braunschweig — ist diese zuerst einmal ablehnende Haltung durchaus verständlich, aber man muß ja wohl damit rechnen, daß nun die Frage zum Gegenstand eines Kuhhandels wird, bei dem man über ganz andere Dinge als nur über den Ausgangspunkt verhandeln dürfte. Brüning ist dabei unzweifelhaft in einer starken Position, wenn er durch seinen Pressechef Zechlin, der ja wohl auch in diesem Falle der Beauftragte ist, darauf hinweisen läßt, daß die Person des Reichspräsidenten mit das stärkste Aktivum darstelle, das Deutschland in der Welt besitze. Allerdings schießt man in dieser amtlichen Verlautbarung doch wohl recht weit über das Ziel hinaus, wenn man in diesem Zusammenhang schon von einer „Wiederwahl" Hindenburgs spricht. Zuerst ist es durchaus noch nicht sicher, ob Hindenburg sich überhaupt zu einer Wiederwahl stellt. Sie aus den Händen der Sozialdemokraten entgegenzunehmen, hat er jedenfalls auf das Entschiedenste abgelehnt. Und auch nach dem Abschluß dieser Verhandlungen bleibt, selbst wenn sie positiv verlaufen sollten, die Frage, wie sich die Nationalsozialisten und vor allem wie sich ihre Anhängerschaft im Lande draußen zu einer Wiederwahl des so stark angegriffenen Reichspräsidenten stellen.

Herr Brüning begründet seinen überraschenden Schritt mit außenpolitischen Ueberlegungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß in diesem Augenblick, wo Deutschland vor neuen entscheidenden Verhandlungen steht, innerpolitischer Streit und selbst grundsätzliche Gegensätze zurückzutreten haben. Eine solche Zurückhaltung, die von der nationalen Disziplin geboten wird, bedeutet aber noch lange nicht, daß bestehende Gegensätze fortan nicht mehr vorhanden sind und daß alles, was war, vergeben und vergessen ist. Die gemeinsame Front nach außen, über deren Notwendigkeit kein Wort zu verlieren ist, bedingt keineswegs eine Vorwegnahme innerpolitischer Entscheidungen unter dem äußeren Druck. Und man kann sich sehr wohl fragen, ob die Fühlungnahme mit Adolf Hitler in dieser Form und gerade in diesem Augenblick auf das Ausland nicht geradezu wie der Bruch einer bisher verfolgten Außenpolitik wirkt, die ja davon ausging, durch Erfüllung, Erfüllung und nochmal Erfüllung — nach amtlichem Eingeständnis fünf Milliarden über die Erfüllungspflicht hinaus! — die Revision gewissermaßen von selbst herbeizuführen. Ist ein solcher Bruch beabsichtigt, ein Bruch, der von dem nationalen Deutschland, insbesondere aber von deutschnationaler Seite vom ersten Tage der Erfüllungspolitik an immer und immer wieder gefordert worden ist, dann muß er offen und klar geschehen. Dann kann man sich nicht damit begnügen, in Lausanne irgendeine Form zu finden, die die Erledigung der Tribute als einen durch die Weltwirtschaftskrise erreichten Zustand feststellt, sondern dann muß das unveräußerliche Recht Deutschlands auf eine grundsätzliche Revision des Versailler Diktates und auf die Wiedergutmachung durch Frankreich mit aller Deutlichkeit proklamiert werden. Ob das geschieht und wie es geschieht, das ist die einzig entscheidende Frage. Und von der Antwort des Herrn Brüning auf diese Frage ist alles andere, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten, ebenso wie die Frage eines Zusammentritts des Reichstages zu einer gemeinsamen Willenserklärung über die Tribute abhängig. Die innerpolitische Auseinandersetzung kann sehr wohl einmal, wenn es um die außenpolitische Entscheidung geht, einen Augenblick schweigen und jede Regierung, sie mag zusammengesetzt sein wie sie will, kann für die Haltung einer Abwehrstellung der Unterstützung der nationalen Kräfte gewiß sein, — aber nur für diese! Nichts wäre verfehlter, als wenn man in hohen Regierungskreisen hoffen sollte, daß etwa das von Deutschland angeregte Sechs-Monate-Provisorium durch eine Art innerpolitisches Moratorium in Deutschland von der gleichen Dauer ergänzt werden könnte. Die an der Ueberleistung Deutschlands in Deutschland Verantwortlichen werden in jedem Falle zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Sozialdemokratische Vertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 7. Januar. (Eigene Meldung.) **Der Reichskanzler empfing heute abend um 9 Uhr Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die Abgeordneten Wels und Dr. Breitscheid, zur Rücksprache über die Frage der Reichspräsidentenwahl.**

In sozialdemokratischen Kreisen geht die Stimmung dahin, daß man grundsätzlich bereit wäre, eine Verlängerung der Amtszeit mitzumachen, und zwar auch dann, wenn die Nationalsozialisten für sie stimmen würden. Zunächst werden die Sozialdemokraten aber freilich wohl erst einmal, um das Gesicht zu wahren, zu klären versuchen, ob den Nationalsozialisten für ihre Zustimmung irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden. Ernstliche Schwierigkeiten sind ja von der Sozialdemokratie nicht zu befürchten. Die Dinge liegen ja nicht so, daß sie auch nur leise hoffen könnte, einer der Ihren würde aus dem Wahlkampfe als Sieger hervorgehen. So würde die Zustimmung zu der befristeten Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs für sie nur ein weiteres Kapitel in der Geschichte der „Tolerierungspolitik" bedeuten. Und das würde und könnte sie tragen wie andere, frühere und gefährlichere Kapitel auch.

•

Die Deutschnationalen werden sich erst am Sonnabend in einer Fraktionssitzung mit der Frage der Reichspräsidentenwahl beschäftigen. Man hört jedoch aus der Partei nahestehenden Kreisen, daß die Deutschnationalen nicht gesonnen sind, für den parlamentarischen Weg der Reichspräsidentenwahl einzutreten, sondern daß sie die Volkswahl wünschen. Man muß aber ohne weiteres voraussetzen, daß der Reichsinnenminister und der Kanzler von Anfang an auch

die zweite Möglichkeit, nämlich die Neuwahl Hindenburgs auf verfassungsmäßigem Wege der Volkswahl,

ins Auge gefaßt haben und daß sie sich mit Hitler über die politischen Voraussetzungen für diesen Weg der Wahl in Fühlung zu setzen wünschten. Wenn es zu dieser Form der Präsidentenwahl kommt, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach der erste Wahlgang eine weitgehende Zersplitterung bringen, da die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die anderen Parteien voraussichtlich jede ihren Kandidaten für sich aufstellen würden, und an einem solchen Wahlgange würde sich der Reichspräsident v. Hindenburg vermutlich nicht beteiligen. Aber es wäre dann möglich, daß er im zweiten Wahlgang mit sicherer Mehrheit gewählt werden könnte.

Die Frage wird also erst nach der Fühlungnahme Hitlers mit den Führern der Deutschnationalen geklärt werden. Aller Voraussicht nach wird dies erst im Laufe der nächsten Woche geschehen.

Bombenattentat auf den Kaiser von Japan.

Die Tat eines Koreaners.

Tokio, 8. Januar. Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahrt von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Diese platzte neben einem Wagen, der hinter dem des Kaisers fuhr. Durch die Explosion wurde niemand verletzt. Der Täter, ein Koreaner, wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.

Aufmarsch für Lausanne.

Die Franzosen scheinen, nachdem auch England auf einen möglichst frühen Beginn der Lausanner Konferenz gedrängt hat, bereit zu sein, zwar nicht den 18., aber doch wenigstens den 20. Januar als Anfangstag hinzunehmen, obwohl dann die französische Kammersession noch nicht beendet sein wird. Sehr interessant ist, daß Herrn Briands Krankheit sich just vor dieser Konferenz wieder einmal verschlimmert hat. Briand wird voraussichtlich nicht nach Lausanne kommen, während Herr Laval die Absicht hat, Anfang und Ende, also den wichtigsten Teil der Verhand-